

NRW / Städte / Xanten

Bergbehörde prüft Antrag

Entscheidung über Erkundung von Salzvorräten unter Birten steht noch aus

22. November 2020 um 16:59 Uhr | Lesedauer: Eine Minute



Salz-Abbau (Symbolbild). Foto: Sebastian Peters

Xanten. Der Bergbaukonzern K+S will die Salzlagerstätten unter Birten untersuchen. Die Stadt Xanten hat dagegen Bedenken vorgebracht. Die Bergbehörde entscheidet darüber, sobald alle Stellungnahmen vorliegen.

Von Markus Werning

Verantwortlicher Redakteur Xanten/Rheinberg.



Die Bergbehörde NRW wartet noch weitere Stellungnahmen ab, bevor sie über die Erkundung von Salzlagerstätten unter Birten entscheidet. Die Stadt Xanten hat ihre Einwände schon schriftlich vorgebracht. Die Kritikpunkte und Fragen der Kommune seien an den Bergbaukonzern K+S weitergeleitet worden, damit dieser dazu Stellung beziehe, erklärte ein Sprecher des zuständigen Regierungspräsidiums Arnsberg auf Anfrage unserer Redaktion. Wenn alle Stellungnahmen und die Antworten von K+S vorlägen, werde der Antrag des Unternehmens geprüft und darüber entschieden, ob die Lagerstätten erkundet werden dürfen. Dabei würden auch die Bedenken der Stadt Xanten berücksichtigt. Angaben zum Zeitplan machte der Sprecher nicht. Vor einer Entscheidung der Bergbehörde dürfe das Unternehmen aber keine Erkundung starten, erklärte er auf Nachfrage.

K+S betreibt das Bergwerk in Borth und baut zwischen Wesel, Rheinberg, Alpen und Xanten unterirdisch Salz ab. Die Vorräte im genehmigten Abbaugelände reichen nach Firmenangaben nur noch einige Jahre. Deshalb strebt K+S eine Erweiterung an. Vorab will der Konzern die Salzlagerstätten unterhalb von Birten schon erkunden.

JETZT NEWSLETTER BESTELLEN



Vom **Chefredakteur** persönlich: Im kostenlosen Newsletter "**Stimme des Westens**" lesen Sie jeden Morgen, welche Themen die Region bewegen

E-MAIL-ADRESSE *

Sie können den Newsletter jederzeit abbestellen.

Die Bezirksregierung Arnsberg ist zuständig für die Prüfung und Genehmigung bergbaulicher Vorhaben. Sie entscheidet also über den Antrag von K+S und hat mehrere, sogenannte Träger öffentlicher Belange um Einschätzungen zu den Plänen von K+S gebeten. Unter anderem die Stellungnahme vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (Base) stehe noch aus, erklärte der Sprecher der Bezirksregierung. Außerdem seien angeschrieben worden: die Bezirksregierung Düsseldorf, das Landesbüro der Naturschutzverbände NRW, das Kommunale Wasserwerk (KWW), der Kreis Wesel, der Deichverband Duisburg-Xanten, die Linksniederrheinische Entwässerungs-Genossenschaft, die Stadt Xanten, die Bürgerinitiative der Salzbergbaugeschädigten NRW und das LV für Bodendenkmalpflege.



